



HOCHSCHULE OSNABRÜCK
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

**Prüfungsordnung
für den Bachelorstudiengang
Allgemeine Verwaltung**

Neufassung

beschlossen vom Fakultätsrat der Fakultät Wirtschaft und Soziales am 17.08.2022, genehmigt vom Präsidium am 24.08.2022, veröffentlicht am 30.08.2022, mit Wirkung zum 01.09.2022

§ 1 Dauer und Gliederung des Studiums

- (1) ¹Die Regelstudienzeit einschließlich aller Prüfungen beträgt 6 Semester. ²Der Umfang des Studiums beträgt einschließlich der Bachelorarbeit 180 Leistungspunkte (ECTS). ³Das Studium gliedert sich in ein Grundstudium (1. Studienabschnitt) von zwei Semestern mit einem Umfang von 60 Leistungspunkten und ein Hauptstudium (2. Studienabschnitt) von vier Semestern mit einem Umfang von 120 Leistungspunkten.
- (2) Jeder Leistungspunkt steht dabei für 30 studentische Workloadstunden.
- (3) Die Prüfungen dieses Studiengangs bestehen aus studienbegleitenden Modulprüfungen und einer abschließenden schriftlichen Arbeit mit einem Kolloquium.
- (4) ¹Der Aufbau und Inhalt des Studienganges ist in einer Studienordnung verbindlich festgelegt. ²In der Studienordnung sind für ein Modul die Bezeichnung, die Anzahl der Prüfungsleistungen, die zur Auswahl stehenden Prüfungsleistungen, die Semesterlage und die Leistungspunkte festgelegt. ³Darüber hinaus wird eine Modulbeschreibung in einer Datenbank erstellt. ⁴Den Studierenden ist diese Modulbeschreibung in geeigneter Form zugänglich zu machen. ⁵Die Bekanntgabe der Modulbeschreibungen erfolgt durch die Studiendekanin bzw. den Studiendekan. ⁶Stehen mehrere Prüfungsleistungen zur Auswahl, erfolgt die Festlegung durch die Prüferin oder den Prüfer spätestens 4 Wochen nach Vorlesungsbeginn. ⁷Die Prüfungsleistung ist den Studierenden in geeigneter Form bekannt zu machen. ⁸Bei mehreren Prüfungsleistungen pro Modul ist die Gewichtung der Teilleistungen gleichzeitig bekannt zu machen.

§ 2 Hochschulgrad

- (1) Nach erfolgreichem Abschluss des Studiums verleiht die Hochschule Osnabrück den Hochschulgrad „Bachelor of Arts (B.A.)“.
- (2) Mit Erwerb des akademischen Grades und nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes erwerben die im Vorbereitungsdienst befindlichen Studierenden nach Maßgabe der beamtenrechtlichen Bestimmungen die Befähigung für die Laufbahn der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Allgemeine Dienste, die den Zugang für das erste Einstiegsamt eröffnet.

§ 3 Modulprüfungen

- (1) Modulprüfungen bestehen aus einer oder mehreren Prüfungsleistungen in einem Prüfungsfach oder fachübergreifenden Prüfungsgebiet.

- (2) ¹Die Aufgabe für die Prüfungsleistung wird von den Prüferinnen oder Prüfern festgelegt. ²Können sich Prüferinnen oder Prüfer nicht einigen, legt die Studiendekanin bzw. der Studiendekan die Aufgabe fest.
- (3) ¹Geeignete Arten von Prüfungsleistungen können in Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden. ²Die Gruppe soll in der Regel nicht mehr als drei Personen umfassen. ³Der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der oder des Einzelnen muss die an die Prüfung zu stellenden Anforderungen erfüllen sowie als individuelle Prüfungsleistung aufgrund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien deutlich abgrenzbar und für sich bewertbar sein. ⁴Die Entscheidung über die Art der Prüfungsleistung trifft die oder der Prüfende.

§ 4 Wahrung der Chancengleichheit

- (1) ¹Macht die oder der Studierende glaubhaft, dass sie oder er wegen einer Behinderung oder chronischen Krankheit nicht in der Lage ist, Studien- oder Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form oder in der vorgegebenen Zeit abzulegen, soll die Studiendekanin oder der Studiendekan es auf Antrag bewilligen, gleichwertige Leistungen in anderer bedarfsgerechter Form oder zeitabhängige Leistungen innerhalb einer angemessen verlängerten Zeit zu erbringen. ²Zur Glaubhaftmachung kann die Vorlage geeigneter Nachweise verlangt werden. ³Der Antrag ist vor Ablauf eines Prüfungsanmeldezeitraumes für die betroffenen Leistungen, im Übrigen mindestens einen Monat vor Beginn der Leistungserbringung zu stellen.
- (2) ¹Macht die oder der Studierende glaubhaft, dass sie oder er wegen familiärer Verpflichtungen nicht in der Lage ist, Studien- oder Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form oder in der vorgegebenen Zeit abzulegen, soll die Studiendekanin oder der Studiendekan auf Antrag geeignete Ausgleichsmaßnahmen bewilligen. ²Zur Glaubhaftmachung kann die Vorlage geeigneter Nachweise verlangt werden. ³Der Antrag ist vor Ablauf eines Prüfungsanmeldezeitraumes für die betroffenen Leistungen, im Übrigen mindestens einen Monat vor Beginn der Leistungserbringung zu stellen. ⁴Die Rechte nach dem Mutterschutzgesetz bleiben unberührt.

§ 5 Schriftliche Prüfungsleistungen

- (1) Eine Klausur erfordert die Bearbeitung einer festgesetzten geeigneten Aufgabenstellung mit den geläufigen Methoden des Faches in begrenzter Zeit, mit vorher bestimmten Hilfsmitteln und unter Aufsicht.
- (1a) ¹Jede schriftliche Klausur kann grundsätzlich als Fernklausur an einem auswärtigen Ort (außerhalb der Hochschulstandorte) mittels eines geeigneten Systems zur Aufsicht im Wege der elektronischen Bildübertragung geschrieben werden. ²Für die Geeignetheit des Systems werden Regelungen nach Satz 14 dieses Absatzes getroffen. ³Die Entscheidung über die Durchführung per elektronischer Bildübertragung treffen die Prüfenden. ⁴Eine zu prüfende Person wird auf ihren Antrag hin von diesem Verfahren ausgenommen. ⁵Am auswärtigen Ort der zu prüfenden Person ist die Prüfung im Wege der elektronischen Bildübertragung so zu überwachen, dass die ordnungsgemäße Prüfungsdurchführung gewährleistet werden kann. ⁶Es ist Sorge dafür zu tragen, dass die Grundsätze der prüfungsrechtlichen Gleichbehandlung und des Datenschutzes eingehalten werden. ⁷Die Bild- und Tonübertragung darf nicht aufgezeichnet werden. ⁸Die Aufgabenstellung und Abgabe ist grundsätzlich elektronisch so zu übermitteln, dass die Einhaltung der vorgesehenen Schreibdauer nachgewiesen werden kann. ⁹Die zu prüfende Person hat eigenverantwortlich die technischen und räumlichen Voraussetzungen sicherzustellen, die für eine ordnungsgemäße Prüfungsdurchführung notwendig sind. ¹⁰Bei technischen Übertragungsstörungen, die die Prüfungsaufsicht nicht erheblich beeinträchtigen, wird die Prüfung fortgesetzt. ¹¹Bei erheblichen Übertragungsstörungen, die die Prüfungsaufsicht wesentlich beeinträchtigen, wird die Prüfung abgebrochen und mit neuer Aufgabenstellung neu angesetzt. ¹²Die Beurteilung der Erheblichkeit und Wesentlichkeit treffen die Aufsichtspersonen. ¹³Die technischen Rahmenbedingungen der Aufsicht (verwendete Software, Übertragungsqualität, ggf. Störungen mit ihrer Erheblichkeit und Wesentlichkeit, besondere Vorkommnisse usw.) sind zu dokumentieren. ¹⁴Hinsichtlich der Art und Weise der Prüfungsdurchführung kann das Präsidium auf Vorschlag der Dekanate weitere verfahrensregulierende Regelungen erlassen. ¹⁵Der zu prüfenden Person sind die Rahmenbedingungen und das Verfahren rechtzeitig zur Kenntnis zu bringen und ihr ist Gelegenheit zu geben, sich damit vertraut zu machen.

- (2) ¹Eine Hausarbeit ist die selbständige Bearbeitung einer Aufgabenstellung innerhalb eines begrenzten Zeitraums aus dem Arbeitszusammenhang einer Lehrveranstaltung. ²Sie ist in schriftlicher und elektronischer Form vorzulegen und vom Prüfling auf Verlangen zu erläutern. ³Die Vorlage in elektronischer Form dient der elektronischen Überprüfbarkeit zum Schutz vor Plagiaten.
- (3) ¹Ein schriftlicher Praxisbericht soll in Textform erkennen lassen, dass die Studierenden nach didaktisch-methodischer Anleitung Studium und Praxis verbinden können und dazu beitragen, die Erfahrungen in den praktischen Studieneinheiten für den Lehrbetrieb nutzbar zu machen. ²Er umfasst darüber hinaus in der Regel eine Auswertung der einschlägigen vorbereitenden Literatur, die Beschreibung der Stelle, bei der das Praktikum absolviert wurde und eine Beschreibung der während des Praktikums wahrgenommenen Aufgaben.
- (4) ¹Ein schriftlicher Projektbericht ist die zusammenhängende textliche Darstellung der Probleme, der Problemanalyse und des Ergebnisses eines Projekts und der angewandten Arbeitsmethoden. ²Die Mitarbeit im Projekt kann in die Bewertung einbezogen werden.

§ 6 Mündliche Prüfungsleistungen

- (1) ¹Die mündliche Prüfung umfasst einen Zeitraum von in der Regel 20 - 30 Minuten pro Prüfling und findet als Einzelprüfung statt. ²Sie kann auch in Gruppen von bis zu drei Studierenden gleichzeitig durchgeführt werden. ³Die wesentlichen Gegenstände der Prüfung und die Bewertung der Leistung sind in einem Protokoll festzuhalten. ⁴Es ist von den gemäß § 16 an der Prüfung beteiligten Personen zu unterschreiben. ⁵Die Aufgabe der mündlichen Prüfung kann bis zu einer Woche vor dem Prüfungstermin bekannt gegeben werden. ⁶Studierende, die sich demnächst der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sowie andere Mitglieder der Hochschule, die ein berechtigtes Interesse geltend machen, sind als Zuhörerinnen und Zuhörer zuzulassen, sofern dem kein Hochschulinteresse entgegensteht. ⁷Dieses erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse an die Studierenden. ⁸Auf Antrag eines Prüflings sind die Zuhörerinnen und Zuhörer auszuschließen.
- (1a) ¹Grundsätzlich können alle mündlichen Prüfungsleistungen auch vermittels eines geeigneten Systems im Wege der elektronischen Bild- und Tonübertragung durchgeführt werden. ²Davon ausgenommen sind letzte Wiederholungsprüfungen. ³Für die Geeignetheit des Systems werden Regelungen nach Satz 15 dieses Absatzes getroffen. ⁴Entsprechendes gilt für die Durchführung jedes Kolloquiums nach § 9 dieser Ordnung. ⁵Die Entscheidung über die Durchführung per elektronischer Bild- und Tonübertragung treffen die Prüfenden. ⁶Eine zu prüfende Person wird auf ihren Antrag von diesem Verfahren ausgenommen. ⁷Die Prüfenden tragen Sorge dafür, dass die Grundsätze der prüfungsrechtlichen Gleichbehandlung und des Datenschutzes eingehalten werden. ⁸Am auswärtigen Ort (außerhalb der Hochschulstandorte) der zu prüfenden Person/en ist entweder eine durch die Hochschule zu beauftragende neutrale Aufsichtsperson zu beteiligen oder die Prüfung ist im Wege der elektronischen Bildübertragung durch die Prüfenden so zu überwachen, dass die ordnungsgemäße Prüfungsdurchführung gewährleistet werden kann. ⁹Die Bild- und Tonübertragung darf nicht aufgezeichnet werden. ¹⁰Die zu prüfende Person hat eigenverantwortlich die technischen und räumlichen Voraussetzungen sicherzustellen, die für eine ordnungsgemäße Prüfungsdurchführung notwendig sind. ¹¹Bei technischen Übertragungsstörungen, die die Prüfungsdurchführung nicht erheblich beeinträchtigen, wird die Prüfung fortgesetzt. ¹²Bei erheblichen Übertragungsstörungen, die die Prüfungsdurchführung wesentlich beeinträchtigen, wird die Prüfung abgebrochen und neu angesetzt. ¹³Die Beurteilung der Erheblichkeit und Wesentlichkeit treffen die Prüfenden. Im Protokoll sind auch die technischen Rahmenbedingungen der Prüfung (verwendete Software, Übertragungsqualität, ggf. Störungen mit ihrer Erheblichkeit und Wesentlichkeit, besondere Vorkommnisse usw.) festzuhalten. ¹⁵Hinsichtlich der Art und Weise der Prüfungsdurchführung kann das Präsidium weitere verfahrensregulierende Regelungen erlassen. ¹⁶Der zu prüfenden Person sind die Rahmenbedingungen und das Verfahren rechtzeitig zur Kenntnis zu bringen und ihr ist Gelegenheit zu geben, sich damit vertraut zu machen.
- (2) Ein Referat ist ein mündlicher Vortrag mit anschließender Diskussion über eine eigenständige schriftliche Auseinandersetzung mit einem Problem aus dem Arbeitszusammenhang der Lehrveranstaltung unter Einbeziehung und Auswertung einschlägiger Literatur.
- (3) Eine Präsentation ist die mündliche Darstellung eines Arbeitsergebnisses unter Verwendung berufstypischer Methoden der medialen Darstellung.
- (4) ¹Ein mündlicher Praxisbericht soll erkennen lassen, dass die Studierenden nach didaktisch-methodischer Anleitung Studium und Praxis verbinden können und dazu beitragen, die Erfahrungen

in den praktischen Studieneinheiten für den Lehrbetrieb nutzbar zu machen. ²Er umfasst darüber hinaus in der Regel eine Auswertung der einschlägigen vorbereitenden Literatur, die Beschreibung der Stelle, bei der das Praktikum absolviert wurde und eine Beschreibung der während des Praktikums wahrgenommenen Aufgaben.

- (5) ¹Ein mündlicher Projektbericht ist die zusammenhängende Darstellung der Probleme, der Problemanalyse und des Ergebnisses eines Projekts und der angewandten Arbeitsmethoden. ²Der Projektbericht ist unter Verwendung berufstypischer Methoden der Visualisierung zu erläutern. ³Die Mitarbeit im Projekt kann in die Bewertung einbezogen werden.

§ 7 Sonstige Prüfungsleistungen

- (1) ¹Eine Portfolio-Prüfungsleistung umfasst eine Kombination von zwei oder mehreren Elementen, die in der Regel aus verschiedenen in dieser Ordnung festgelegten Prüfungsleistungen bestehen. ²Alle Elemente der Portfolio-Prüfungsleistung sind in die Anlagen zu den Studienordnungen aufzunehmen. ³Die Bewertung einer Portfolio-Prüfungsleistung ergibt sich aus einem Gesamt-Punkteschema, wobei jedem einzelnen Element eine bestimmte maximal zu erreichende Punktzahl zugeordnet wird. ⁴Die Anlagen zu den Studienordnungen können vorsehen, dass einzelne oder mehrere Elemente mehrfach zusätzlich angeboten werden, wobei es den Studierenden freisteht, an dem zusätzlichen Angebot bzw. den zusätzlichen Angeboten teilzunehmen; es geht dann jeweils das Angebot mit der höchsten erreichten Punktzahl in die Bewertung ein. ⁵Umfasst die Portfolio-Prüfungsleistung zwei oder mehrere verschiedene Elemente mit der jeweils gleichen maximal zu erreichenden Punktzahl, können die Anlagen zu den Studienordnungen zudem vorsehen, dass dann eine zu Veranstaltungsbeginn festgelegte Anzahl derjenigen Elemente in die Gesamtbewertung eingeht, die die höchste Punktzahl haben. ⁶Für eine Benotung der Portfolio-Prüfungsleistung gilt § 17a Absatz 1. ⁷Für Wiederholungsmöglichkeiten einer benoteten Portfolio-Prüfungsleistung gilt § 18 Absatz 1 und für solche einer unbenoteten Portfolio-Prüfungsleistung § 10; eine Wiederholung einzelner Elemente ist nicht zulässig.
- (2) ¹Die regelmäßige Teilnahme ist gegeben, wenn der Prüfling mindestens 80% der Veranstaltungszeit anwesend war. ²Im Falle eines darüber hinaus gehenden entschuldigtes Fehlens entsprechend § 15 Absatz 2 Sätze 1 bis 4 gilt der Versuch als nicht angetreten. ³Die gesetzlichen Mutterschutzzeiten gelten als entschuldigtes Fehlen.

§ 8 Studienabschlussarbeit (Bachelorarbeit) und Kolloquium

- (1) ¹Die das Studium abschließende schriftliche Arbeit soll zeigen, dass die oder der Studierende in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem aus der Fachrichtung des Studiengangs selbständig auf wissenschaftlicher Grundlage zu bearbeiten. ²Art und Aufgabenstellung der Studienabschlussarbeit müssen dem Prüfungszweck und der Bearbeitungszeit entsprechen. ³Die Arbeit kann als Gruppenarbeit angefertigt werden. ⁴§ 3 Absatz 3 gilt entsprechend. ⁵Die Arbeit ist in deutscher Sprache in schriftlicher und elektronischer Form vorzulegen; mit Zustimmung der Prüferinnen und Prüfer kann eine andere Sprache gewählt werden. ⁶§ 5 Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend. ⁷Zusätzlich zur schriftlichen Arbeit ist deren Inhalt in deutscher und englischer Sprache im Umfang von ca. einer halben Seite DIN-A 4 zusammenzufassen.
- (2) ¹Das Thema der Arbeit kann von jeder Professorin oder jedem Professor der Hochschule Osnabrück benannt werden. ²Es kann auch von anderen Prüferinnen oder Prüfern nach § 24 benannt werden, wenn mindestens eine Prüferin oder ein Prüfer Professorin oder Professor der Hochschule Osnabrück ist. ³Prüflinge haben vor der Benennung des Themas Gelegenheit zur Stellungnahme. ⁴Während der Anfertigung der Arbeit wird die oder der Studierende von den Prüferinnen oder Prüfern betreut.
- (3) ¹Die Bearbeitung der Bachelorarbeit erfolgt semesterbegleitend. ²Die Bearbeitungszeit beträgt 12 Wochen. ²Beginn und Ende der Bearbeitungszeit werden dem Prüfling nach Anmeldung vom Studierendensekretariat mitgeteilt. ³Die Studiendekanin oder der Studiendekan kann i.d.R. vor Beginn der Bearbeitungszeit eine bis zu 12 Wochen längere Bearbeitungszeit festsetzen, wenn durch Vorlage eines Arbeits- und Zeitplans nachgewiesen ist, dass der für die Studienabschlussarbeit vorgesehene Arbeitsaufwand eingehalten wird. ⁴Im Einzelfall kann sie oder er auf begründeten Antrag den Bearbeitungszeitraum um bis zu vier Wochen verlängern, wenn der Prüfling die Verzögerung nicht zu vertreten hat.

- (4) ¹Der Beginn der Bearbeitungszeit und der Zeitpunkt der Abgabe der Arbeit sind aktenkundig zu machen. ²Das Thema der Arbeit kann nur einmal innerhalb der ersten vier Wochen der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. ³Bei der Abgabe hat die oder der Studierende schriftlich an Eides statt zu versichern, dass die Arbeit – bei einer Gruppenarbeit der entsprechend gekennzeichnete Anteil der Arbeit – selbständig und ohne unzulässige fremde Hilfe erbracht worden ist.
- (5) ¹Ein Kolloquium soll innerhalb von 6 Wochen nach Abgabe der Abschlussarbeit durchgeführt werden.
- (6) Im Kolloquium hat die oder der Studierende auf der Grundlage einer Auseinandersetzung über die Studienabschlussarbeit die Fähigkeit nachzuweisen, fächerübergreifend und problembezogen Fragestellungen aus dem Bereich der Fachrichtung selbständig auf wissenschaftlicher Grundlage zu behandeln.
- (7) ¹Das Kolloquium wird gemeinsam von mindestens zwei Prüfenden als Einzelprüfung oder Gruppenprüfung durchgeführt. ²Die oder der Erstprüfende führt den Vorsitz. ³Die Dauer des Kolloquiums beträgt für jeden Prüfling in der Regel 15 - 45 Minuten. ⁴ Für ein Online-Kolloquium gelten die Regelungen des § 6 Absatz 1a dieser Ordnung.
- (8) Für die Gesamtbewertung gelten §16 Absätze 2 bis 4 entsprechend.

§ 9 unbenotete Prüfungsleistungen

¹Unbenotete Prüfungsleistungen werden in der Regel ergänzend semesterbegleitend im Zusammenhang mit Lehrveranstaltungen erbracht. ²Sie werden lediglich mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet. ³Nicht bestandene unbenotete Prüfungsleistungen können in diesem Studiengang einmal wiederholt werden; Joker-Regelung: im Grundstudium und im Hauptstudium kann im Fall des Nichtbestehens einer Wiederholungsprüfung jeweils eine unbenotete oder benotete Prüfung nach § 18 Absatz 1 Satz 2 ein weiteres Mal wiederholt werden.

§ 10 Anerkennung und Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen

- (1) ¹An einer inländischen Hochschule erworbene Studien- und Prüfungsleistungen werden auf gleiche oder verwandte Studiengänge der Hochschule Osnabrück anerkannt. ²An einer inländischen Hochschule erworbene Studien- und Prüfungsleistungen aus anderen Studiengängen sowie an staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademien erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen werden auf Antrag anerkannt, wenn keine wesentlichen Unterschiede hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen nachgewiesen werden können. ³Eine Anerkennung kann unter der Auflage einer Anpassungsmaßnahme erfolgen.
- (2) ¹An einer ausländischen Hochschule erworbene Studien- und Prüfungsleistungen werden nach Maßgabe von Absatz 1 Satz 2 und 3 anerkannt. ²Die Hochschule beachtet dabei nationale und internationale Vereinbarungen, insbesondere das Übereinkommen über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der europäischen Region vom 11. April 1997 (BGBl. 2007 II S. 712).
- (3) Die Anerkennung von an in- und ausländischen Hochschulen erworbenen Studien- und Prüfungsleistungen nach Maßgabe von Absatz 1 Satz 2 und 3 und Absatz 2 kann im Rahmen einer Studierendenmobilität durch Studienvereinbarung (Learning Agreement) vor Ablegung der Prüfung vertraglich zugesagt werden.
- (4) Beruflich erworbene Kompetenzen werden nach Maßgabe der Gleichwertigkeit im Umfang von bis zu 50% auf diesen Studiengang angerechnet.
- (5) ¹Die Anerkennung und Anrechnung erfolgt modulbezogen. ²Noten anerkannter Leistungen werden übernommen und in die Berechnung der Gesamtnote einbezogen, wenn die Notensysteme vergleichbar sind, im Übrigen als „bestanden“ gewertet. ³Soweit entsprechende Vereinbarungen mit ausländischen Hochschulen vorliegen, ist auch eine Umrechnung zulässig. ⁴Die Anerkennung und Anrechnung wird im Zeugnis kenntlich gemacht.

- (6) ¹Entscheidungen zur Anerkennung und Anrechnung trifft die Studiendekanin oder der Studiendekan. ²Die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen innerhalb des Hochschulwesens gemäß Absatz 1 Satz 2 und 3 und Absatz 2, die vor Studienbeginn erbracht wurden, ist in der Regel im ersten Semester nach der Immatrikulation zu beantragen. ³Der Antrag auf Anrechnung von außerhalb des Hochschulwesens erworbenen Kompetenzen gemäß Absatz 4 muss in der Regel spätestens zum Ablauf des vorangegangenen Semesters erfolgen, in dem die/der Studierende die entsprechende Modulprüfung erbringen will. ⁴Für die Anerkennung und Anrechnung auf Modulprüfungen des 1. Fachsemesters sind entsprechende Anträge in der Regel bis zum Beginn des Prüfungs-Anmeldezeitraums des 1. Fachsemesters zu stellen. ⁵Die Fristen der Sätze 2 bis 4 sind behördliche Verfahrensfristen, die auf formlosen Antrag hin verlängert werden können.
- (7) Details zu operativen Grundsätzen und Verfahren der Anerkennung und Anrechnung sind in einer Leitlinie geregelt.

§ 11 Anmeldung zu den Prüfungsleistungen, Datenverarbeitung

- (1) ¹Die benoteten und unbenoteten Prüfungsleistungen im Studiengang Allgemeine Verwaltung können abweichend zum allgemeinen Prüfungszeitraum stattfinden. ²Die Studierenden haben sich zu jeder Prüfungsleistung einer Modulprüfung innerhalb des von der Studiendekanin bzw. dem Studiendekan festgelegten Zeitraums anzumelden.
- (2) Im Rahmen des Prüfungsverfahrens werden die nach der gültigen Immatrikulationsordnung erhobenen Daten genutzt sowie insbesondere folgende Daten zusätzlich erhoben und gespeichert:
1. bereits erbrachte Prüfungsleistungen,
 2. Nachweise über Praktika,
 3. Anzahl von Prüfungsversuchen und deren Ergebnisse,
 4. Art, Fach, Zeitpunkt und Ergebnis von Prüfungen,
 5. Nachweis über Fristverlängerung zur Ablegung der Prüfung,
 6. Prüfungsfächer,
 7. angestrebter Studienabschluss,
 8. Prüfende,
 9. Prüfungsergebnisse,
 10. Nachweise und Gründe über versäumte Prüfungen und Rücktritte.
- (3) ¹Die Hochschule bestätigt rechtzeitig die Anmeldungen. ²Abgelegte Prüfungsleistungen ohne Anmeldung oder Zulassung werden nicht bewertet.
- (4) ¹Die/ der Studierende legt sich in der Regel mit der Anmeldung zum ersten Prüfungsversuch auf das Wahlpflichtmodul fest.
- (5) In begründeten Ausnahmefällen entscheidet die Studiendekanin bzw. der Studiendekan auf Antrag der/ des Studierenden über einen späteren Wechsel des Wahlpflichtmoduls.

§ 12 Zulassung zu den Modulprüfungen

- (1) ¹Zu den Modulprüfungen ist zugelassen, wer in dem Studiengang eingeschrieben und nicht beurlaubt ist und den Prüfungsanspruch nicht verloren hat. ²Die Möglichkeit von Externenprüfungen auf Grundlage einer Ordnung bleibt unberührt.

- (2) ¹Unter den Voraussetzungen des Absatz 1 wird zu den Prüfungsleistungen des zweiten Studienabschnitts zugelassen, wer 40 Leistungspunkte in Modulen des ersten Studienabschnitts erworben hat. ²Über Ausnahmen entscheidet die Studiendekanin bzw. der Studiendekan auf schriftlichen Antrag der/des Studierenden.

§ 13 Zulassung zur Studienabschlussarbeit und zum Kolloquium

¹Zur Bearbeitung der Bachelorarbeit wird zugelassen, wer mindestens 140 Leistungspunkte erworben hat, darunter alle Leistungspunkte des ersten Studienabschnitts.

§ 14 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

- (1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht bestanden“ bewertet, wenn der zur Prüfung angemeldete Prüfling ohne triftige Gründe die Prüfung nicht antritt, sie nach Beginn abbricht oder einen Abgabetermin nicht einhält.
- (2) ¹Die für den Rücktritt, das Versäumnis oder die Nichtabgabe geltend gemachten Gründe müssen der Hochschule unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. ²Triftige Gründe sind insbesondere die eigene Erkrankung, die gesetzlichen Mutterschutzzeiten sowie die akut notwendige Pflege einer nahestehenden pflegebedürftigen Person. ³Krankheit ist dem Studierendensekretariat durch Vorlage eines ärztlichen Attestes unter Angabe der voraussichtlichen Dauer der Erkrankung nachzuweisen, in welchem die Prüfungsunfähigkeit bescheinigt wird. ⁴Im Wiederholungsfall kann vom Studierendensekretariat ein entsprechendes amtsärztliches Attest gefordert werden. ⁵Liegt ein triftiger Grund vor, gilt die Zulassung für den nächsten Prüfungstermin, in dem die Prüfungsleistung abgelegt werden kann. ⁶Die Verlängerung der festgelegten Bearbeitungszeit der Studienabschlussarbeit über die Regelungen des § 9 Absatz 3 Satz 4 hinaus ist ebenfalls im Wege unverzüglicher schriftlicher Glaubhaftmachung von triftigen Gründen zulässig. ⁷Die Entscheidung hierüber trifft die Studiendekanin oder der Studiendekan. ⁸Sie erfolgt im Krankheitsfall für die voraussichtliche Dauer der Erkrankung, ansonsten für die Dauer des Grundes, jedoch insgesamt maximal auf das Doppelte der regulären festgelegten Bearbeitungszeit. ⁹Liegt der Grund darüber hinaus vor, wird ein neues Thema ausgegeben. ¹⁰Die Entscheidungen bezüglich der Studienabschlussarbeit sind dem Prüfling vom Studierendensekretariat schriftlich mitzuteilen.
- (3) ¹Versucht der Prüfling das Ergebnis einer Prüfungsleistung zum eigenen oder fremden Vorteil zu beeinflussen, und zwar durch Täuschung, Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel oder auch nachträgliche Einflussnahme auf eine Prüfungsperson, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ bzw. „nicht bestanden“ bewertet. ²Zuvor ist der Prüfling von der Studiendekanin oder dem Studiendekan anzuhören. ³In schwerwiegenden Fällen und Wiederholungsfällen kann die Studiendekanin oder der Studiendekan im Einvernehmen mit einer weiteren Studiendekanin oder einem weiteren Studiendekan die Studienabschlussprüfung als „endgültig nicht bestanden“ bewerten. ⁴Satz 2 gilt entsprechend. ⁵Kann ein Einvernehmen nicht hergestellt werden, entscheidet der zuständige Vizepräsident. Der Täuschungsversuch ist auf dem Prüfungsprotokoll zu vermerken; unzulässige Hilfsmittel sind sicherzustellen.
- (4) ¹Studierende, die gegen die Vorschriften dieser Prüfungsordnung oder die allgemeine Ordnung verstoßen, können von der jeweils aufsichtführenden Person von der Fortsetzung der betreffenden Prüfungsleistung ausgeschlossen werden. ²Für die Bewertung von bis zum Ausschluss erbrachten Leistungen gilt Absatz 3 entsprechend.

§ 15 Bewertung der Prüfungsleistungen

- (1) ¹Studienbegleitende Prüfungsleistungen werden in der Regel von einer Prüferin oder einem Prüfer bewertet. ²Bei mündlichen Prüfungen ist eine Beisitzerin oder ein Beisitzer hinzuzuziehen. ⁴Die letztmögliche Wiederholungsprüfung findet abweichend von Satz 1 mit mindestens zwei Prüfern statt. ⁵Schriftliche Prüfungsleistungen sind in der Regel innerhalb von vier Wochen nach Abgabe zu bewerten.
- (2) Für die Bewertung der Prüfungsleistungen sind folgende Noten und Punkte zu verwenden:

sehr gut (1)	15 und 14 Punkte	eine den Anforderungen in besonderem Maß entsprechende Leistung;
gut (2)	13 bis 11 Punkte	eine den Anforderungen voll entsprechende Leistung;
befriedigend (3)	10 bis 8 Punkte	eine den Anforderungen im Allgemeinen entsprechende Leistung;
ausreichend (4)	7 bis 5 Punkte	eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im Ganzen den Anforderungen noch entspricht;
mangelhaft (5)	4 bis 2 Punkte	eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, die jedoch erkennen lässt, dass die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden könnten;
ungenügend (6)	1 und 0 Punkte	eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, bei der selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, dass die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden könnten.

(3) ¹Mittelwerte sind auf zwei Dezimalstellen ohne Rundung zu berechnen. ²Sie sind den Noten wie folgt zugeordnet:

15,00 bis 14,00 Punkte	sehr gut (1),
13,99 bis 11,00 Punkte	gut (2),
10,99 bis 8,00 Punkte	befriedigend (3),
7,99 bis 5,00 Punkte	ausreichend (4),
4,99 bis 2,00 Punkte	mangelhaft (5),
1,99 bis 0 Punkte	ungenügend (6).

(4) Die tragenden Erwägungen der Bewertungsentscheidung werden in geeigneter Weise dokumentiert und zu den Prüfungsunterlagen genommen.

§ 16 Prüfungsverwaltungssystem

- (1) Die Studierenden nutzen in eigener Verantwortung Online-Zugänge zu dem elektronischen Prüfungsverwaltungssystem, mit dem die Prüfungsdaten, die An- und Abmeldung zu Modulprüfungen sowie die Bekanntgabe der Bewertung von Prüfungsentscheidungen elektronisch verwaltet werden; die zuständige Studiendekanin oder der zuständige Studiendekan kann nähere Regelungen zur Durchführung des Verfahrens erlassen.
- (2) Die Studierenden sind verpflichtet, die Richtigkeit ihres Online-Kontos im Rahmen ihrer Möglichkeiten regelmäßig zu prüfen; Übertragungsfehler sollen sofort gerügt werden.

§ 17 Gesamtergebnis

¹Die Berechnung der Gesamtnote erfolgt gemäß § 20 Absatz 3. ²Module des ersten Studienabschnitts werden mit 3,5 (Faktor 0,7) Leistungspunkten berücksichtigt. ³Die Note der Bachelorarbeit wird im Umfang von 20 (Faktor 2) Leistungspunkten berücksichtigt.

§ 18 Bestehen, Nichtbestehen der Prüfungsleistungen und Modulprüfung

- (1) Die Prüfungsleistung ist bestanden, wenn sie mit mindestens „ausreichend“ benotet wird.
- (2) ¹Die Modulprüfung ist bestanden, wenn die Bewertung der Prüfungsleistung mindestens „ausreichend“, bei aus mehreren Prüfungsleistungen bestehenden Modulprüfungen die Bewertungen der einzelnen Prüfungsleistungen mindestens „ausreichend“, lauten und unbenotete Prüfungsleistungen bestanden sind. ²§ 16 Absatz 3 gilt entsprechend.

§ 19 Wiederholung von Prüfungsleistungen

- (1) ¹Benotete Prüfungsleistungen dürfen, wenn sie nicht bestanden sind oder als „nicht bestanden“ gelten, einmal wiederholt werden. ²Im Grundstudium und im Hauptstudium kann im Fall des Nichtbestehens einer Wiederholungsprüfung jeweils eine benotete oder unbenotete Prüfung nach § 10 Satz 3 ein weiteres Mal wiederholt werden. ³Eine Wiederholung von Prüfungsleistungen, die zu Pflichtmodulen gehören, ist spätestens innerhalb des auf den misslungenen Versuch folgenden Prüfungszeitraums, im Falle von Praxissemestern in dem auf diese Zeiten folgenden Prüfungszeitraum abzulegen. ⁴Fällt der folgende Prüfungszeitraum ganz oder teilweise in die gesetzlichen Mutterschutzzeiten, so verschiebt sich diese Pflicht um ein Semester. ⁵Über Aussetzungen dieser Wiederholungsfrist entscheidet auf Antrag im begründeten Einzelfall die Studiendekanin oder der Studiendekan; im Falle der gesetzlichen Mutterschutzzeiten erfolgt die Aussetzung von Amts wegen. ⁶Die Zwangsanmeldung soll um einen Prüfungszeitraum ausgesetzt werden, wenn Studierende aufgrund des Nichtangebots der auf die Prüfungsleistung vorbereitenden Lehrveranstaltung im Semester einen entsprechenden Antrag stellen. ⁷Die erste Wiederholung einer schriftlichen Prüfungsleistung nach § 5 Absätze 1 und 1a oder nach § 8 Absatz 1, sofern im letzteren Fall der im Hinblick auf die zu erreichende Gesamtpunktzahl überwiegende Teil dieser Prüfung aus Prüfungsleistungen nach § 5 Absatz 1 bzw. 1a besteht und wenn diese zum endgültigen Nichtbestehen der Abschlussprüfung führen kann sowie die zweite Wiederholung der im ersten Satzteil genannten schriftlichen Prüfungsleistungen sind als mündliche Prüfungsleistung abzulegen, wenn der Prüfling dies beantragt. ⁸Hiervon ausgenommen sind Prüfungen in Form von Klausuren mit einer Bearbeitungszeit von jeweils vier Stunden. ⁹Die Anträge nach den Sätzen 5, 6 und 7 sind spätestens bis zum Ende des regulären Prüfungsanmeldezeitraumes schriftlich an das Studierendensekretariat zu stellen.
- (2) ¹Erfolglos unternommene Prüfungsversuche, welche in demselben oder verwandten Studiengang bzw. Modul unternommen wurden, werden auf die Wiederholungsmöglichkeiten in diesem Studiengang angerechnet. ²An einer Hochschule im europäischen Hochschulraum in demselben oder vergleichbaren Studiengang erfolglos unternommene Versuche, eine Prüfungsleistung abzulegen, werden ebenfalls auf die Wiederholungsmöglichkeiten angerechnet.

- (3) ¹Die Studienabschlussarbeit darf einmal wiederholt werden. ²Sie ist im Wiederholungsfalle innerhalb von drei Monaten nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses anzumelden. ³Eine Rückgabe des Themas gemäß § 9 Absatz 4 Satz 2 ist in diesem Fall nur zulässig, wenn die oder der Studierende von dieser Möglichkeit nicht schon einmal Gebrauch gemacht hat.
- (4) Die Wiederholung einer bestandenen Prüfungsleistung ist ausgeschlossen.

§ 20 Erwerb von Leistungspunkten, Noten der Module

- (1) Die Leistungspunkte eines Moduls sind erworben, wenn die dem Modul zugeordneten Prüfungsleistungen bestanden sind.
- (2) ¹Die Note eines Moduls errechnet sich aus dem Durchschnitt der Bewertungen der einzelnen benoteten Prüfungsleistungen. ²§ 16 Absatz 3 gilt entsprechend.

§ 21 Bestehen, Nichtbestehen der Abschlussprüfung

- (1) Die Bachelorprüfung besteht aus den studienbegleitenden Pflichtmodulen und Wahlpflichtmodulen nach Maßgabe dieser Ordnung und der Studienordnungen sowie einer Abschlussarbeit gemäß § 9.
- (2) ¹Die Abschlussprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn eine Modulprüfung mit „nicht ausreichend“ bewertet ist oder als bewertet gilt und eine Wiederholungsmöglichkeit nicht mehr besteht. ²Im Falle einer bestehenden Joker-Regelung nach § 10 Satz 3 2. Halbsatz bzw. nach § 18 Absatz 1 Satz 2 ist die Abschlussprüfung bereits dann endgültig nicht bestanden, wenn eine höhere Anzahl an bestehensrelevanten Modulprüfungen mit „nicht bestanden“ oder mit „nicht ausreichend“ bewertet wurde als noch Joker für weitere Wiederholungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. ³Es gilt dann diejenige Modulprüfung als „endgültig nicht bestanden“, deren Bewertung mit „nicht bestanden“ oder mit „nicht ausreichend“ das endgültige Nichtbestehen gemäß Satz 2 zur Folge hat.
- (3) ¹Die Gesamtnote für die Abschlussprüfung ist der Durchschnitt der Bewertungen der nach dem jeweiligen Umfang an Leistungspunkten gewichteten Module. ²Module, in denen keine benoteten Prüfungsleistungen zu erbringen sind, werden nicht in die Berechnung einbezogen.

§ 22 Ungültigkeit von Abschlussprüfungen

- (1) Wird eine Täuschung bei einer Prüfungsleistung nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, kann die Hochschule innerhalb von fünf Jahren nach Ablegung der letzten Prüfungsleistung (Datum des Zeugnisses) nach Anhörung der oder des Geprüften durch die zuständige Studiendekanin oder den zuständigen Studiendekan die betroffenen Noten ändern oder eine unbenotete Prüfungsleistung für „nicht bestanden“ erklären.
- (2) ¹Das unrichtige Zeugnis ist einzuziehen und durch ein richtiges oder eine Bescheinigung nach § 25 Absatz 5 zu ersetzen. ²Mit dem unrichtigen Zeugnis ist auch die Urkunde über die Verleihung des Hochschulgrades einzuziehen, wenn die Abschlussprüfung aufgrund der Täuschung für „nicht bestanden“ erklärt wurde. ³Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfungsleistung nicht erfüllt, ohne dass die oder der Geprüfte darüber täuschen wollte, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfungsleistung geheilt. ⁴Wurde die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so entscheidet die Studiendekanin oder der Studiendekan darüber unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen über die Rücknahme rechtswidrige Verwaltungsakte.

§ 23 Akteneinsicht

¹Geprüften wird auf Antrag innerhalb eines Jahres nach Bestehen oder Nichtbestehen von Prüfungsleistungen Einsicht in ihre Arbeit, die Gutachten, und die Prüfungsprotokolle gewährt. ²Das Kopieren von Prüfungsunterlagen ist nur auf eigene Kosten des Geprüften und mit Zustimmung der Prüferin oder des Prüfers möglich.

§ 24 Einzelfallentscheidungen, Widerspruchsverfahren

- (1) ¹Ablehnende Entscheidungen und andere belastende Verwaltungsakte, die nach dieser Prüfungsordnung getroffen werden, sind schriftlich zu begründen, mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und nach Maßgabe des § 41 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) bekannt zu geben. ²Gegen diese Entscheidungen kann innerhalb eines Monats nach Zugang des Bescheides nach den §§ 68ff. der Verwaltungsgerichtsordnung Widerspruch eingelegt werden.
- (2) ¹Der Widerspruch wird im Studierendensekretariat eingereicht. ²Die Entscheidung hierüber trifft die zuständige Studiendekanin oder der zuständige Studiendekan. ³Soweit sich der Widerspruch gegen eine Bewertung einer oder eines Prüfenden richtet, entscheidet die zuständige Studiendekanin oder der zuständige Studiendekan nach Überprüfung gemäß den Absätzen 3, 4 und 5.
- (3) ¹Bringt die oder der Studierende in ihrem oder seinem schriftlich verfassten Widerspruch konkret und substantiiert Einwendungen gegen prüfungsspezifische Wertungen und fachliche Bewertungen einer oder eines Prüfenden vor, leitet die Studiendekanin oder der Studiendekan den Widerspruch dieser oder diesem Prüfenden zur Überprüfung zu. ²Ändert die oder der Prüfende die Bewertung antragsgemäß, so hilft die Studiendekanin oder der Studiendekan dem Widerspruch ab. ³Andernfalls überprüft die Studiendekanin oder der Studiendekan die Entscheidung auf Grund der Stellungnahme der oder des Prüfenden insbesondere darauf, ob
1. das Prüfungsverfahren nicht ordnungsgemäß durchgeführt worden ist,
 2. bei der Bewertung von einem falschen Sachverhalt ausgegangen worden ist,
 3. allgemeingültige Bewertungsgrundsätze nicht beachtet worden sind,
 4. eine vertretbare und mit gewichtigen Argumenten folgerichtig begründete Lösung als falsch gewertet worden ist oder
 5. sich die oder der Prüfende von sachfremden Erwägungen hat leiten lassen.
- ⁴Entsprechendes gilt, wenn sich der Widerspruch gegen die Bewertung durch mehrere Prüfende richtet.
- (4) ¹Prüfungsleistungen werden durch andere, mit der Abnahme dieser Prüfung bisher nicht befasste Prüfende erneut bewertet, wenn
- die zuständige Studiendekanin oder der zuständige Studiendekan einen Verstoß nach Absatz 3 Satz 3 feststellt und
 - die begründete Besorgnis besteht, dass die oder der Prüfende die Bewertung nicht unbefangen unter Beachtung der Rechtsauffassung der Studiendekanin oder des Studiendekans ändern wird.
- ²Soweit die Prüfungsleistung eine Neubewertung nicht zulässt, wird die Prüfung wiederholt.
- (5) ¹Liegen im Fall eines Widerspruchs gegen die Gesamtbewertung die Bewertungen für eine von zwei Prüferinnen oder zwei Prüfern zu benotende Prüfungsleistung mindestens zwei volle Notenstufen auseinander ohne dass ein Bewertungsfehler nach Absatz 1 Satz 3 festgestellt wird, veranlasst die Studiendekanin oder der Studiendekan ein unabhängiges Drittgutachten einer bisher mit der Abnahme der Prüfung nicht befassten prüfungsberechtigten Person. ²Zur Notenfestsetzung gilt § 16 Absatz 3.

§ 25 Prüferinnen und Prüfer

- (1) ¹Die Studiendekanin oder der Studiendekan bestellt die Prüferinnen und Prüfer sowie Beisitzerinnen und Beisitzer und stellt sicher, dass den Studierenden die Namen der Prüferinnen oder Prüfer rechtzeitig bekannt gegeben werden. ²Soweit Prüfungsleistungen im direkten Zusammenhang mit Lehrveranstaltungen erbracht werden, ist die oder der prüfungsberechtigte Lehrende ohne besondere Bestellung Prüferin oder Prüfer, falls Studiendekanin oder Studiendekan keine andere Regelung treffen. ³Dies gilt auch, wenn Prüfungsleistungen im Zusammenhang mit solchen Lehrveranstaltungen erbracht werden, die von mehreren Lehrenden verantwortlich betreut werden.

- (2) ¹Prüferinnen oder Prüfer bzw. Beisitzerinnen oder Beisitzer müssen mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen. ²Als Prüferinnen und Prüfer können nur solche Mitglieder und Angehörige der Hochschule Osnabrück oder der mit ihr kooperierenden Hochschulen bestellt werden, die in dem betreffenden Prüfungsfach zur selbständigen Lehre befugt sind. ³Soweit hierfür ein Erfordernis besteht, gilt dieses auch dann, wenn die Befugnis zur selbständigen Lehre nur für ein Teilgebiet des Prüfungsfaches erteilt wurde. ⁴Entsprechend den Anforderungen und der Eigenart der Prüfungsfächer, in denen nicht selbständig Lehrende tätig sind, können auch diese Lehrenden zu Prüferinnen und Prüfern bestellt werden. ⁵Bei der das Studium abschließenden schriftlichen Arbeit können auch geeignete Personen, die nicht Mitglieder oder Angehörige der Hochschule Osnabrück sind, zu Prüferinnen oder Prüfern bestellt werden. Es gilt Satz 1.
- (3) ¹Studierende können für mündliche Prüfungen gemäß § 6 Absätze 1 und 1a und für die das Studium abschließende schriftliche Arbeit gemäß § 9 Prüferinnen oder Prüfer vorschlagen. ²Dem Vorschlag soll entsprochen werden, soweit ihm nicht triftige Gründe oder eine unzumutbare Belastung des oder der Vorgeschlagenen entgegenstehen.
- (4) Nicht dem öffentlichen Dienst angehörende Prüferinnen und Prüfer sind zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

§ 26 Zeugnisse und Urkunden

- (1) ¹Über die bestandene Abschlussprüfung ist unverzüglich ein Zeugnis auszustellen. ²Das Zeugnis weist den Studiengang, die abgelegten Module bzw. Prüfungsleistungen der Pflicht- und Wahlpflichtmodule und deren Bewertung, Thema und Bewertung einer das Studium abschließenden Arbeit sowie die Gesamtnote aus. ³Das Gewicht der rechtswissenschaftlichen Prüfungsanteile in der Gesamtnote muss erkennbar sein.
- (2) ¹Studierenden mit einem Gesamtnotendurchschnitt von 14 Punkten und besser wird die Gesamtbewertung „mit Auszeichnung“ verliehen. ²Die Gesamtbewertung ist auf dem Zeugnis und in der Urkunde über den verliehenen Hochschulgrad zu vermerken.
- (3) ¹Nicht zum Bestehen der Abschlussprüfung notwendige bestandene Wahlpflichtmodule gelten als Zusatzmodule. Studierende können in diesem Fall wählen, welche der Wahlpflichtmodule bei der Berechnung der Gesamtnote berücksichtigt werden sollen. ²Nicht berücksichtigte bestandene Wahlpflichtmodule (Zusatzmodule) werden in einem Anhang zum Zeugnis mit ihrem Prüfungsergebnis ausgewiesen, bleiben jedoch bei der Festsetzung der Gesamtnote unberücksichtigt.
- (4) Neben dem Abschlusszeugnis erhalten die Absolventinnen und Absolventen ein Diploma Supplement in englischer und deutscher Sprache.
- (5) ¹Studierende, welche die Hochschule verlassen oder den Studiengang wechseln, erhalten eine Bescheinigung, die die erworbenen Leistungspunkte und korrespondierenden Module, die jeweilige Modulart und Modulkennung, die Modulebene, die Abschlussnote nach dem Notensystem der Hochschule Osnabrück und die relative Note bzw. die erbrachten Prüfungsleistungen und deren Bewertung sowie einen zuerkannten Hochschulabschluss ausweist. Die relative Note wird auf Basis folgender Parameter ermittelt und ausgewiesen: Die Berechnungsgrundlage bildet eine Vergleichsgruppe von nicht weniger als 50 Prüfungsergebnissen. Bei studienbegleitenden Modulen werden in die Vergleichsgruppe die letzten sechs Semester zuzüglich des aktuellen Semesters einbezogen; beim Studienabschlussmodul (Abschlussarbeit ggf. mit Kolloquium) werden in die Vergleichsgruppe die letzten sechs Semester ohne das aktuelle Semester einbezogen. Eine Ausweisung der relativen Note unterbleibt, wenn die so ermittelte Vergleichsgruppe weniger als 50 Prüfungsergebnisse umfasst. Beim Notenausweis werden nur abgeschnittene volle Prozentwerte angegeben; alle Dezimalstellen werden ohne Rundung gestrichen. Prozentwerte kleiner als 1 Prozent werden mit der Bezeichnung „weniger als 1%“ ausgewiesen.
- (6) Das Präsidium bestimmt die Einzelheiten der textlichen und graphischen Ausgestaltung der Urkunden und Zeugnisse, das Diploma Supplement und der Leistungsübersicht.
- (7) ¹Urkunden über Hochschulabschlüsse sind von der Leitung der Fakultät, Zeugnisse von der Studiendekanin oder dem Studiendekan, andere Dokumente von der Studiendekanin oder dem Studiendekan oder einer beauftragten Person zu unterzeichnen und mit dem Siegel der Hochschule

zu versehen. ²Als Datum des Zeugnisses ist der Tag anzugeben, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht wurde.

§ 27 Inkrafttreten

¹Diese Ordnung tritt nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Hochschule Osnabrück mit Wirkung zum Wintersemester 2022/2023 in Kraft. ²Gleichzeitig tritt die Prüfungsordnung für diesen Studiengang in der Fassung vom 21.06.2021 außer Kraft.